

15 Jahre PDS – und wie nun weiter?

André Brie auf dem 9. Politischen Bildungstag der PDS Sachsen-Anhalt am 20. November in Bernburg

Der widerspruchsvolle Bruch mit der SED-Politik und die Entwicklung einer grundlegend veränderten demokratischen sozialistischen Partei seit Dezember 1989, zunächst in der DDR, dann in der Bundesrepublik Deutschland, waren von Anfang an kein Selbstzweck. Allerdings dürften für beträchtliche Teile der Mitgliedschaft 1989 auch Fragen des Machterhaltes der SED, der Bewahrung des SED-Eigentums und vor allem die politische, ideologische und persönliche Bewältigung des Zusammenbruchs der DDR und des „real existierenden Sozialismus“ wesentliche Motivationen für das Festhalten an der Existenz der Partei und ihre notwendige Veränderung gewesen sein. Das will und kann ich hier nicht untersuchen und diskutieren.

Wesentlicher für die Entwicklungs- und Zukunftsfähigkeit der SED-PDS und späteren Partei des Demokratischen Sozialismus waren andere Beweggründe. Sie sind bedeutsam für das mir gestellte Thema: „15 Jahre PDS – und nun wie weiter?“

Erstens ging es großen Teilen der SED um eine an Haupt und Gliedern reformierte und demokratisierte DDR.

Zweitens wurden die Vertretung von DDR-Interessen, gewisser Autonomie-Vorstellungen (auch wenn sie sich rasch als illusionär erwiesen) oder die Verteidigung gesellschaftlicher oder konkreter einzelner Alternativmöglichkeiten und sozialer Errungenschaften im absehbaren Annäherungs- und Vereinigungsprozess zwischen den beiden deutschen Staaten rasch zu einer authentischen und zentralen politischen Funktion der SED-PDS beziehungsweise der PDS.

Drittens blieben viele Mitglieder der SED und andere Menschen in der DDR trotz des erlebbaren elementaren Scheiterns und stattfindenden Zusammenbruchs des Staatssozialismus überzeugt von der Idee des Sozialismus und der Notwendigkeit und Möglichkeit, sie als Idee und Politik des demokratischen Sozialismus zurückzugewinnen.

Ich werde mich im Folgenden jedoch nicht an einem historischen Vortrag und einer historischen Analyse und Darstellung oder einer Bilanz der bisherigen PDS-Entwicklung versuchen. Das halte ich nicht für unwichtig, und wo es gut gemacht wird, ist es auch weit mehr als eine Rückschau. Ich werde mich jedoch bewusst auf einen Aspekt des zweiten Teils des Themas konzentrieren: „... und nun wie weiter?“

Ich möchte das aus zwei Gründen.

Zum einen, weil eben eine Partei kein Selbstzweck ist und sich daher auch primär aktuell und zukunftsorientiert legitimieren muss. Wir, oder viele von uns, waren 1989 sicherlich auch sentimental, Umbruch und Abschied von so vielem fielen uns schwer. Die Partei hatte gelegentlich den Charakter einer Selbsthilfegruppe. Das ist nicht illegitim unter so dramatischen Umständen, als für Hunderttausende Menschen Lebensentwürfe, Engagement und Überzeugungen existenziell in Frage gestellt wurden. Aber eine politische und gar eine nachhaltige Funktion einer politischen Partei kann darauf natürlich nicht aufgebaut werden.

Wir haben aber bereits auf dem außerordentlichen Parteitag begonnen, ein radikal verändertes Selbstverständnis unserer Partei zu entwickeln.

Wir wussten wohl alle nicht, welcher Weg vor uns lag, hätten uns nicht die Partei des Demokratischen Sozialismus von 1994 oder gar 2004, ihre Programmatik, Politik, Kultur, ihre Strukturen, Probleme und Chancen vorstellen können und sicherlich auch nicht, wie unser persönliches politisches Denken sich verändern würde. Aber wir hielten die Verteidigung und Wiedergewinnung sozialistischer Politik für notwendig und für möglich.

Auf dem jüngsten Parteitag der PDS war unendlich oft von einem „strategischen Dreieck“ die Rede. Das hat heute ganz andere Inhalte, aber Protest, Mitgestaltung und gesellschaftliche Alternative waren auch 1990 Eckpunkte für die Neudefinition der Partei. „Bürgerinteressen vor Parteiinteressen!“ und „Eine starke Opposition für die sozial Schwachen!“ – das waren nicht nur erste Losungen der PDS, sondern es war die politische Orientierung für sehr viele ihrer Mitglieder, und die PDS engagierte sich unter schwierigen Bedingungen für die Modrow-Regierung, die eine echte Koalitionsregierung war, für Kommunalpolitik ebenso wie für die Erneuerung sozialistischer Programmatik, die neben manchem Beharren auch einen wunderbaren Überschuss an Utopie enthielt.

Inzwischen hat sich vieles geändert und manches geklärt, aber die Bestimmung unserer politischen Funktion ist auch nach 15 Jahren PDS-Existenz eine immer aktuelle und sich erneuernde Aufgabe. Hier gibt es Kontinuität und gravierenden Wandel.

Zum anderen nämlich bin ich überzeugt, dass die PDS sich am Ende des Wahljahres 2004 strategisch in einer entscheidenden Frage neu definieren muss.

Ich plädiere für einen strategischen Paradigmenwechsel. Was das bedeutet, werde ich am Ende meines Beitrages ausführen.

1. Veränderte politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bedingungen

Die PDS findet vor den Bundestagswahlen 2006 veränderte gesellschaftliche, politische und parteipolitische, sozial-kulturelle und auch innerparteiliche Bedingungen vor, die einen Paradigmenwechsel möglich und angeraten erscheinen lassen. Keine dieser Veränderungen ist neu. Sie haben sich teilweise in jahrzehntelangen Prozessen vollzogen und sind auch nicht abgeschlossen, aber sie haben im einzelnen und vor allem in ihrem Zusammenwirken meiner Meinung nach eine Qualität erreicht, die für die PDS eine strategische Zäsur bedeutet. Die Wahlkämpfe und Wahlergebnisse 2004 können als Ausdruck dieses Einschnitts verstanden werden.

Ich möchte insbesondere folgende Probleme hervorheben:

Erstens: Die herrschende Politik in Deutschland und in der Europäischen Union hat endgültig einen Systemwechsel, weg vom europäischen Sozialstaat, wie er beispielsweise in Artikel 20 des Grundgesetzes festgelegt ist, eingeleitet. Es geht nicht mehr um Sozialabbau, sondern nur noch um das Ausmaß einer sozialen Ergänzung eines wirtschaftsliberalen Wettbewerbsstaates. Die geistige, kulturelle und politische Hegemonialität des Neoliberalismus ist gesellschaftsgestaltend und -umgestaltend.

Zweitens: Zugleich zerstört der Neoliberalismus die Rolle von Politik und Demokratie, allerdings nicht in einem naturwüchsigen Prozess, sondern die Politik selbst bereitet der globalen Herrschaft von Markt, Wirtschaft und Profit über die Gesellschaft sowie der eigenen Selbstzerstörung den Weg. Wie auch immer man dazu steht: politische und demokratische Spielräume, Handlungsmöglichkeiten sind bereits gefährdet und müssen vielfach erst durch alternative Politik und Bewegung und nicht zuletzt durch die Veränderung des geistig-politischen Klimas zurückgewonnen werden. In weiten Teilen der Bevölkerung wird dies durchaus realistisch als Schwäche und Krise der Parteien und der politischen Institutionen gesehen.

Drittens: Eine Schlüsselrolle in der neoliberalen Strategie kommt der Globalisierung zu. Sie hat durchaus auch objektive Seiten. Aber ihr Ziel sind unter den gegenwärtigen Herrschaftsbedingungen der liberalisierte, offene Weltmarkt und der globale Standortwettbewerb zugunsten maximaler Verwertungsbedingungen für das Kapital. Die Globalisierung ist damit auch ein entscheidendes Instrument für die Zertrümmerung des Sozialstaats und eine wesentliche Ursache für die Aushöhlung der demokratischen Politikgestaltung. Wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung führt die Globalisierung in ihrer marktliberalen Variante zur Schwächung der ihr entgegenstehenden politischen und sozialen Kräfte, insbesondere der demokratischen Politik und der Gewerkschaften.

Viertens: Unter dem Druck dieser Entwicklungen, in nicht geringem Maße aber auch sehr bereitwillig werden die Parteiprofile zu Einheitsbrei zermalen; die Parteien geben ihr Profil und ihre politische und soziale Funktion zugunsten verschiedener Varianten des Neoliberalismus auf.

Fünftens: Die soziale und kulturelle Ausdifferenzierung der Gesellschaft, der sozialen Klassen und Schichten, widerspruchsvolle Prozesse der Individualisierung (deren soziale und politische Konsequenzen durchaus differenziert zu sehen sind) sowie die Auflösung traditioneller sozialer Milieus setzen sich fort. Das sind zweifellos keine neuen Entwicklungen, aber eine Analyse der Wahl- und Umfrageergebnisse der neunziger Jahre und ganz aktuell der Ergebnisse 2004 zeigt, dass diese Tendenz offensichtlich ein neues Ausmaß mit gravierenden und sehr konkreten Veränderungen auch für das Wahlverhalten angenommen hat. Alle Großorganisationen haben darauf und insbesondere auf die kulturellen Veränderungen, die damit verknüpft sind, keine Antworten, nicht die Parteien, nicht die Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, nicht die Kirchen. Ob neue soziale und globalisierungskritische Bewegungen, wie beispielsweise attac, dazu besser und nachhaltig in der Lage sein werden, ist offen, entbindet aber die Parteien nicht, selbst nach neuen Möglichkeiten und Bedingungen zu suchen, um junge Menschen anzusprechen, Mitglieder zu gewinnen, ihre gesellschaftliche Akzeptanz wieder zu erhöhen. Die kulturellen Orientierungen junger Menschen verweisen zumindest auf eins. Wer das will, muss offene, lockere Strukturen, konkrete und realistische Ziele anbieten. Er kann an weit verbreiteten solidarischen Werten und gesellschaftlicher Unzufriedenheit vieler junger Menschen anknüpfen.

2. Herausforderungen und Probleme für die PDS

Ich gehe hier nicht auf den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Inhalt einer Alternative ein. Das wäre ein anderes Thema, zu dem viel aus der PDS vorliegt, und insbesondere Bodo Ramelow jüngst auch notwendige Zuspitzungen getroffen hat. Mir geht es hier um eine politische Strategie der PDS.

Die skizzierten politischen und kulturellen Verhältnisse sind in höchstem Maße widersprüchlich, ebenso können es verantwortungsvolle und wirklich alternative linke, demokratische und soziale Antworten nur sein.

Stellt sich die Linke diesen Widersprüche nicht, ist sie unfähig in dieser sozialen, politischen, kulturellen Widersprüchlichkeit zu agieren, wird sie keine zukunftsfähige Rolle spielen können. Die Zeiten, in denen die Linke von polarisierender Vereinfachung zehren konnte sind vorbei. Das hat sich politisch-geschichtlich erledigt, das ist auch aufgrund der skizzierten gesellschaftlichen und globalen Veränderungen nicht mehr möglich.

Ich erwähne das, weil zugleich aber massenwirksame Politik und gerade Wahlkämpfe Einheitlichkeit, Einfachheit, Emotionalisierung verlangen, und Parteien ohnehin parteiisch sein müssen oder nicht dauerhaft sein werden. Sie können nicht alle sozialen und politischen Interessen in der Gesellschaft vertreten, und eine linke Partei muss zuerst und entschieden die Interessen der sozial Benachteiligten, der sozial Schwachen und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten. Wird sie in dieser Hinsicht nicht klar, eindeutig erkennbar, insbesondere für ihre eigene Klientel, verliert sie ihre politische Funktion und ihren Gebrauchswert. Auch dieser Widerspruch zwischen komplexer, differenzierter, konstruktiver politischer Alternative einerseits und der Parteilichkeit einer linken Partei sowie den Erfordernissen (Gesetzen) von Wahlkämpfen muss ausgehalten, muss gestaltet werden können.

Wir werden in Europa sicherlich keine Amerikanisierung von Wahlkämpfen erleben, aber die Rolle von Medien, Bildern, Persönlichkeiten, Aktionen, PR, Emotionalisierung, Professionalität, Werbung nimmt auch in europäischen Wahlkämpfen deutlich zu. Das darf für eine linke Partei keine Relativierung von politischen Inhalten und aufklärerischer Politik bedeuten, aber wehe dem, der diese Entwicklungen missachtet.

Das Europawahlergebnis ist in dieser Hinsicht absolut eindeutig. Diese allgemeinen, grundsätzlichen, langfristigen und meiner Meinung nach unumkehrbaren Veränderungen gehen mit einer wachsenden Dynamik, Labilität und Widersprüchlichkeit politischer Orientierungen sowie des Wahlverhaltens und der Wählerpotenziale einher beziehungsweise sind eine ihrer wesentlichsten Ursachen.

Acht Probleme möchte ich hervorheben:

1. Die Zahl der Wechselwählerinnen und -wähler oder wechselbereiten Wählerinnen und Wähler und die Wählerwanderung haben weiter zugenommen. Die Wechselbereitschaft wächst aber nicht nur quantitativ, sondern auch als Wechselbereitschaft nicht nur zwischen politisch oder kulturell einander nahen Parteien, sondern quer durch das ganze Spektrum. In Ostdeutschland, wo das Wahlverhalten schon seit 1990 ohnehin viel labiler war, konnte auch in der Vergangenheit ein verbreiteter Wechsel von der CDU zur PDS oder umgekehrt festgestellt werden. Diese Dynamik nimmt nun auch in Westdeutschland zu.

2. Die Wahlentscheidung fällt immer später. Nach der Wahltagsbefragung von Infratest dimap am 13. Juni 2004 haben beispielsweise 18 Prozent der PDS-Wählerinnen und -Wähler sich erst am Wahltag entschieden, 57 Prozent insgesamt in den letzten Tagen und Wochen vor der Wahl. Auch hier zeigt sich eine verstärkte Labilität und Dynamik des Wahlverhaltens. Der Mobilisierungsfähigkeit in Wahlkämpfen, insbesondere in ihrer letzten Phase, einschließlich der emotionalen Seite, kommt damit eine nicht mehr zu überschätzende Bedeutung zu.

3. Die PDS ist in Ostdeutschland hinsichtlich der Breite und Heterogenität ihrer Wählerschaft eine Volkspartei, erreicht sozial, aber auch politisch sehr, sehr unterschiedliche, widersprüchliche Schichten. Die Widersprüchlichkeit der Wählerpotenziale im allgemeinen und der der PDS im besonderen nimmt jedoch darüber hinaus zu und wird in mancher Hinsicht problematisch. Es gibt insbesondere teilweise scharfe Gegensätze zwischen dem programmatischen und politischen Selbstverständnis und den Forderungen der PDS auf der einen und den Orientierungen nicht weniger ihrer Wählerinnen und Wähler auf der anderen Seite. So gibt es (im übrigen bei allen Parteien) auch in einem Teil der PDS-Wählerschaft ausländerfeindliche Momente, vor allem aber scharfe Kritik an oder sogar Ablehnung von Parteien, ernste Politik- und Demokratieskepsis sowie Law-and-order-Orientierungen. Ich plädiere dafür, diese Probleme erst einmal zur Kenntnis zu nehmen. Der Versuch einer wie auch immer gearteten linken „Reinigung“ der Wählerschaft wäre fatal, weil sie erstens Ausdruck für die Wiederholung eines elitären und arroganten Avantgardismus, zweitens eine sektiererische Flucht aus der widerspruchsvollen Realität wäre. Die Aufgabe besteht vielmehr in aufklärerischer (nicht populistischer, sehr wohl aber auch populärer) Politik und massenwirksamer Argumentation: Mit dem Gesicht zum Volke, wie es Michael Chrapa immer gefordert hat, bedeutet nicht dem Volk nach dem Munde zu reden, aber ebenso wenig, ihm dann nicht zuzuhören, wenn man selbst gründlich anderer Meinung ist.

4. Gerade in dieser Hinsicht wäre es auch dringend erforderlich, die offenbar gewordenen Defizite der PDS zu analysieren und zu diskutieren (was leider nicht geschieht). Insgesamt hat die PDS 2004 Wahlergebnisse über dem Niveau ihres bisherigen „Rekordjahres“ 1999 erreicht. Aber: Zwar sind die Sympathiewerte für die PDS seit 2003 wieder deutlich gestiegen, auch ihre positive Einschätzung als „Partei für die kleinen Leute“ oder „für die Ostdeutschen“, doch selbst bei ihrem Schlüsselthema „soziale Gerechtigkeit“, erst recht in Fragen wie der Wirtschafts- oder der Außen- und Sicherheitspolitik wird ihr wenig (soziale Gerechtigkeit) oder keine Kompetenz zugetraut. Wenn man das Wählerpotenzial der PDS über ihre Sympathiewerte definiert, so muss man eindeutig feststellen, dass die Ausschöpfung dieses bei 7 bis 8 Prozent liegenden Potenzials unmöglich bleibt, so lange die Wählerinnen und Wähler (nicht wir!) uns nicht auch die notwendige Kompetenz zumessen.

5. Äußerst problematisch ist auch, dass die PDS zwar von vielen Wählerinnen positiv als Partei des gesellschaftlichen Protestes oder als ostdeutsche Partei, aber selbst von ihren eigenen Wählerinnen und Wählern nur in geringem Maße als „die sozialistische Partei“ wahrgenommen wird. Das aber ist nicht nur unser Selbstanspruch, das wäre, wenn es von den Wählerinnen und Wählern nicht als ideologische Frage, sondern positiv und als realistische und Alltagspolitik empfunden würde, die perspektivische Funktion der PDS im deutschen Parteiensystem.

6. Die PDS hat 2004 einige ihrer Verluste von 2002 bei jungen Menschen, Selbstständigen, Freiberuflern, Unternehmern und vor allem ihre Verluste bei Frauen wettmachen können. Gegenüber der Bundestagswahl 1998 oder Berliner Abgeordnetenhauswahl 2001 bleiben jedoch

auffällige Rückgänge bei jungen Menschen und Menschen mit Hochschulbildung bestehen. Offensichtlich ist die intellektuelle und kulturelle Ausstrahlung der PDS nicht ausreichend.

7. Äußerst dringend wäre eine Debatte darum, was die Wahlerfolge der Neonazis für die PDS, ihre Politik, ihre Kultur und ihre Wahlkämpfe bedeuten müssen. Die rechtsextremen Parteien profitieren in nicht geringem Maße von einer legitimen Proteststimmung in der Gesellschaft. Die unzureichend beantwortete Frage ist, wie es der PDS gelingen kann, diesen berechtigten Protest möglichst vollständig demokratisch und links zu integrieren und ihm eine nachhaltige Form zu geben. Die PDS jedenfalls hat in dieser Hinsicht eine besondere und durch andere Parteien nicht ersetzbare Verantwortung in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und Rassismus in Deutschland.

8. Die Wahlergebnisse 2004 der PDS sind von einer Nivellierung nach oben gekennzeichnet. Sie hat vor allem in Ostdeutschland dort besonders stark zugelegt, wo sie in der Vergangenheit schwach war. Aber sie hat in bestimmtem Maße ihre früheren Hochburgen dabei verloren.

3. Linkes Wählerpotenzial von zehn bis 15 Prozent

Die Wahlergebnisse, die Wahlforschung und die Meinungsumfragen im Jahr 2004 haben die Existenz eines linken (links von der SPD) Wählerinnen- und Wählerpotenzials in Deutschland in einer Höhe von zehn bis 15 Prozent der Wahlbevölkerung gezeigt.

Erstmalig seit 1990 war die PDS in Westdeutschland, insbesondere im Saarland und im Ruhrgebiet, messbar in der Lage, über traditionelle linke Milieus (und die ostdeutschen Zuwanderer) hinauszukommen, vor allem ehemalige SPD-Wählerinnen und -Wähler zu erreichen. So bedeutsam diese Entwicklung ist – sie erfolgte allerdings auf niedrigem Niveau.

80 bis 90 Prozent des linken Wählerpotenzials in Westdeutschland wird weiterhin von der PDS nicht erreicht. Es gibt durch die Wandlung der SPD und der Grünen in Deutschland, insbesondere in Westdeutschland, auf niedrigerem Niveau aber auch in Ostdeutschland, für gesellschaftskritisch, solidarisch und sozial orientierte Menschen eine beträchtliche Vertretungslücke, die von der PDS wahrscheinlich auch mittelfristig nicht ausreichend gefüllt werden kann. Die kulturellen, geschichtlichen und politischen Hürden erweisen sich als zu hoch und stabil, obwohl die Übereinstimmung mit den programmatischen Positionen und politischen Forderungen der PDS ausgesprochen groß ist.

Die Ausfüllung dieser Vertretungslücke ist eine demokratische Aufgabe und zugleich eine strategische Chance für die Veränderung des gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Klimas sowie der politischen Kräfteverhältnisse in Deutschland. Eine konkrete Analyse der Wahlergebnisse 2004 und der Meinungsbilder, die sich in den Umfragen zeigten, kann ich hier nicht vornehmen, aber sie ergibt eindeutig, dass Proteststimmungen gegen und Ablehnung der herrschenden neoliberalen Politik in ihren christ-, sozial-, öko- und freidemokratischen Varianten weit über das linke Potenzial von zehn bis 15 Prozent der Wählerinnen und Wähler hinausgeht, in vielen Fragen eine Mehrheit der Bevölkerung umfasst.

Strategisch ergeben sich aus dieser Situation meiner Meinung nach drei Schlussfolgerungen:

Erstens: Die PDS ist gegenwärtig auch im Wahl-Erfolgsfall, strukturell nur in der Lage, die Hälfte des bestehenden linken Wählerpotenzials in Deutschland zu erschließen. Da sie zugleich mit einer Erosion ihres Stammwählerpotenzials und der zunehmenden Dynamik im Wahlverhalten

konfrontiert ist, wird die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde für die PDS eine enorme Herausforderung, aber auch eine reale Möglichkeit bleiben.

Zweitens: Auch wenn das linke Wählerpotenzial in Deutschland gegenwärtig bis zu 15 Prozent umfasst, so kann es keine Basis für zwei linke Bundestagsparteien sein, zumal ein beträchtlicher Teil davon sich im Nichtwählerlager befindet, das nicht leicht erreichbar ist. Ohne dass ich zu einer sicheren Einschätzung der Aussichten der Linken Wahlalternative fähig bin, glaube ich, dass sie mit ihrer aktuellen Konzeption, ihren organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten und ihrem Erscheinungsbild auch nur einen eher geringen Teil des vorhandenen Potenzials ansprechen wird (auch wenn sie sicherlich eine vergleichsweise große Medienaufmerksamkeit genießen dürfte). Sie wird aber zum einen, zumindest in Westdeutschland, durchaus eine Konkurrenz um die gleichen Stimmen für die PDS sein. Zum anderen dürfte eine linke Konkurrenz für nicht wenige potenzielle Linkswähler demotivierend sein und könnte daher beide Linksparteien Stimmen kosten.

Drittens: Selbst wenn die PDS-Führung das Problem der Linken Wahlalternative offensichtlich als nicht gravierend für die Wahlaussichten der Partei 2006 ansieht und daher auf Abwarten setzt, und selbst wenn sie damit Recht behalten sollte, ist zu fragen, ob die wahlstrategische Verantwortung der PDS tatsächlich primär im Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde besteht, oder ob nicht ein neues und viel ambitionierteres politisch-strategisches Ziel gestellt werden muss? Nach meiner Überzeugung ist eben das dringend notwendig.

Es geht ja nicht einfach um die wahltaktischen Möglichkeiten von zehn bis 15 Prozent der Wählerinnen und Wähler, die gewiss nicht kurzfristig und vollständig mobilisierbar sein werden. Es geht vielmehr darum, die demokratische Interessenvertretung und parlamentarische Repräsentation eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung wieder herzustellen, eines Bevölkerungsanteils, der im neoliberalisierten Deutschland nicht nur nicht ausreichend politisch vertreten ist, sondern auf die politische Interessenvertretung auch besonders angewiesen ist, handelt es sich doch wesentlich um sozial Benachteiligte und um Verlierer der „Modernisierung“ und Globalisierung.

Und es geht darum, den Forderungen nach einer anderen, einer demokratischen und solidarischen Politik in Deutschland sowie der weit über dieses linke Potenzial hinausreichenden Ablehnung bzw. Kritik des herrschenden neoliberalen Gesellschaftsumbaus eine wirkungsvolle demokratische Stimme zu geben.

Die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl 2006 ist eine entscheidende Aufgabe der PDS. Aber es gibt eine Aufgabe, die noch wichtiger ist – den Kampf um einen grundlegenden politischen Richtungswechsel in Deutschland. Das sind keine Gegensätze. Ich bin im Gegenteil überzeugt, dass die PDS auch ihre Wahlaussichten vergrößern würde, wenn sie ihren Wahlkampf 2006 konkret und praktisch unter diese Gesichtspunkte stellen würde.

Und das ist leichter gesagt als getan. Gesagt ist es im Übrigen schon oft in der PDS.

Denn: Wenn meine These stimmt (und ich denke, dass die Tatsachen hier ziemlich klar sind), dass die PDS in ihrer jetzigen Form das vorhandene linke Potenzial nur etwa zur Hälfte, die andere aber Hälfte aus kulturellen und anderen Gründen nicht mobilisieren kann, so müsste in qualitativ neuer Weise über die politische, organisatorische und kulturelle Öffnung der PDS gegenüber Kräften nachgedacht werden, die gemeinsam mit uns zu einer solchen Repräsentanz fähig wären.

Ich bin erstens überzeugt, dass die PDS diese Verantwortung und diese Möglichkeit hat. Ich bin zweitens überzeugt, dass nur die PDS, nicht zum Beispiel die Wahlalternative, der Kristallisationspunkt einer solchen viel breiteren linken Bewegung in Deutschland sein kann. Deshalb bin ich drittens überzeugt, dass es politisch verantwortungslos wäre, diese Aufgabe nicht schnellstens in Angriff zu nehmen. Denn viertens bin ich überzeugt, dass diese Möglichkeiten jetzt bestehen beziehungsweise jetzt erschlossen werden müssen. Das alles wird politisch, personell, organisatorisch und zeitlich sehr, sehr aufwändig und schwierig. Deshalb müsste jetzt angefangen werden, nicht erst 2006. Unsere Wahlerfolge 2004, die Stabilisierung der PDS unter Lothar Bisky und die Ruhe vor dem Wahlsturm sind günstige aktuelle Bedingungen. Die Tür ist jetzt offen. Sie wird aber nicht lange offen bleiben!

Es darf, um Gottes Willen, keine Selbstüberschätzung der PDS geben, sie wird eine Minderheitenpartei bleiben, aber sie muss meiner Meinung nach einen großen gesellschaftlichen Anspruch erheben: Nicht weniger als eine wesentliche Kraft für einen grundlegenden politischen Richtungswechsel zu sein (was übrigens keine Absage an Regierungsbeteiligungen auf Landesebene bedeuten soll, wohl aber ihre langfristige Einordnung in das strategische Projekt einer prinzipiellen Alternative zum Neoliberalismus).

Abstrakt ist dieses Ziel zumindest gelegentlich auch schon formuliert worden, so im Leitantrag an den jüngsten Parteitag. Aber mit der Selbstbescheidung auf die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde und der Passivität gegenüber anderen gesellschaftskritischen Kräften oder einfach auch der politischen, personellen und organisatorischen Überforderung, einen nachhaltigen, substanziellen Dialog mit ihnen zu entwickeln, demonstriert die PDS letztlich doch eine parteipolitische Binnenorientierung.

4. Strategische Optionen für 2006

Die PDS hat für den Bundestagswahlkampf 2006 grundsätzlich drei strategische Möglichkeiten, zwischen denen sie sich entscheiden muss, wobei die erste schon 2002 schief gegangen ist und aus meiner Sicht die wichtigste Ursache ihrer damaligen Wahlniederlage war.

Erstens kann die PDS in den Wahlkampf 2006 mit der Absicht gehen, eine Regierungsübernahme von CDU/CSU und FDP zu verhindern, die zweifellos den Kurs zur Zertrümmerung des Sozialstaats noch beschleunigen und erweitern würden. Die PDS müsste sich dafür glaubhaft als linkes und auch als ostdeutsches Korrektiv innerhalb des rot-grünen Lagers definieren.

Glaubhaft hieße nicht nur die Rolle als linkes Korrektiv und die Möglichkeit überzeugend zu vermitteln, dass Rot-Grün sich überhaupt links korrigieren ließen, sondern Millionen Wählerinnen und Wählern auch klar machen zu können, dass die PDS tatsächlich zu diesem Lager gehört und in diesem Lager zumindest nach dem Wahltag auch als Partnerin akzeptiert würde. Ich halte eine solche Strategie unter den gegenwärtigen Bedingungen für politischen Selbstmord, auch wenn die Verhinderung einer CDU-CSU-FDP-Regierung alles andere als unwichtig ist und der eindeutige Oppositions-, Protest- und Alternativwahlkampf zur Europawahl auch nicht problemlos war und nicht ohne weiteres auf die Bundestagswahl 2006 mit ihrem zu erwartenden Lager- und Regierungswahlkampf (den gab es 2004 nicht) zu übertragen ist.

Die PDS würde in einem politischen Bermudadreieck von Anti-Merkel- (oder Anti-Stoiber-), Pro-Schröder-Positionen und ostdeutscher Orientierung verschwinden.

Zum einen könnte die PDS programmatisch und politisch anstellen, was sie wollte, viele ihrer Wählerinnen und Wähler würden sie dann auch mit der Politik von SPD und Grünen identifizieren, die gerade von der potenziellen PDS-Wählerschaft massiv abgelehnt wird.

Zum anderen dürfte es aber völlig illusionär sein zu glauben, dass die SPD die PDS 2006 als Koalitionspartnerin in einer Bundesregierung akzeptieren oder eine Minderheitsregierung von ihr tolerieren lassen würde. Auch die Wählerinnen und Wähler dürften eine solche Möglichkeit weitgehend ausschließen, so dass entscheidende Teile der PDS-Wählerinnen und -Wähler in diesem Fall wie 2002 den anderen, den einzig sicheren Weg gingen: Gleich SPD wählen.

Schließlich, und das ist strategisch weitaus wichtiger, steht die SPD real wie in der Bewertung durch die Bevölkerung nicht für eine alternative Politik. Man könnte (und mittelfristig muss man) hoffen, dass die SPD zu ihrer sozialen und demokratischen Tradition zurückkehrt, aktuell haben SPD und Grüne den neoliberalen Systemwechsel in Deutschland weit vorangetrieben und der CDU/CSU und FDP den Boden für noch weiter gehende Schritte bereitet. Und so sehen das auch sehr viele Wählerinnen und Wähler. Selbst wenn die SPD aus welchen Gründen auch immer einen Kurswechsel vornähme – im linken Spektrum der Wählerinnen und Wähler ist sie zutiefst diskreditiert und sicherlich nur in einem längeren Veränderungsprozess wieder glaubwürdig.

Eine Orientierung der PDS auf das aktuelle Regierungslager – zum Beispiel mit dem zutreffenden Argument des kleineren Übels – würde die PDS unter ihren eigenen Wählerinnen und Wählern beschädigen und ihr politisches Profil sowie ihre politische Funktion gefährlich in Frage stellen. Es kann und darf sich daraus kein Antisozialdemokratismus ergeben, aber die PDS wird strategisch ohnehin nur eine Partnerin für die Sozialdemokratie (eine erneuerte Sozialdemokratie) sein können, wenn sie ein überzeugendes eigenständiges Profil mit Dialog- und Zusammenarbeitsfähigkeit verknüpft.

Ein Richtungswechsel der Sozialdemokratie ist für ein soziales und demokratisches Deutschland (Artikel 20 des Grundgesetzes) unerlässlich, aber die PDS wird zu ihm nicht beitragen, wenn sie sich in das rot-grüne (oder das anti-schwarz-gelbe) Lager begibt.

Aktuell, da sind die Wahlergebnisse von 1998 bis 2004 und alle Meinungsumfragen schonungslos eindeutig, hat die PDS ohnehin nur eine Chance im Wahlkampf 2006, wenn sie ihren politischen Gebrauchswert und dessen Bedeutung für Millionen Menschen außerhalb der beiden Regierungslager und alternativ zu beiden Lagern als eigenständiges Projekt, als Stimme der sozialen Gerechtigkeit, der realistischen, zukunftsfähigen sozialen Alternative sowie als ostdeutsche Stimme und Stimme des demokratischen, kulturvollen gesellschaftlichen Protestes überzeugend vermitteln kann. Das wird zweifellos schwierig, aber wahlstrategisch ist es meiner Meinung nach die einzige Möglichkeit für die PDS und gesellschaftspolitisch ist es ihre Verantwortung.

Die zweite und die dritte Option sind gleichermaßen Alternativen zur ersten Möglichkeit, aber doch zwei sehr unterschiedliche strategische Ziele. Sie schließen sich vielleicht auch nicht aus, außer dass das zeitliche Fenster für eine aktive Rolle der PDS in diesen Prozessen wohl nicht mehr lange offen sein wird.

Die zweite strategische Option der PDS 2006 bestünde in der Konzentration aller Kräfte und ihrer Politik auf den Wiedereinzug in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag. Gelänge dies, bliebe die dritte Option offen, misslänge es, wären wohl sowohl die Möglichkeiten der PDS erschöpft, eine entscheidende Rolle bei der Formierung einer starken neuen linken Bewegung in

Deutschland (nicht einer 5- bis 6- oder 7-Prozent-Partei, sondern einer mittelfristig 10- bis 15-Prozent-Partei) zu spielen, sondern wahrscheinlich auch die Chancen einer solchen linken Kraft insgesamt vorerst verspielt.

Es gibt für keine dieser beiden Strategien eine Erfolgsgarantie, keine politische und keine für das Wahlergebnis, es gibt für beide aber eine realistische Grundlage. Für die Konzentration aller Kräfte auf den Wiedereinzug einer PDS-Fraktion in den Bundestag spricht einiges: Die mit dieser Konzentration mögliche Bündelung aller Kräfte der Partei auf ein einziges Ziel, die Motivierungschance eines erneuten „Schicksalswahlkampfes“, der wahrscheinlich große Konsens innerhalb der PDS für eine solche Strategie und nicht zuletzt Erfahrung und Erfolg von 2004.

Ich meine aber auch, dass es zwei gravierende Argumente gegen diese Strategie gibt. Erstens mag auch die PDS wie eine Katze sieben Leben haben, aber irgendwann sind auch sieben Leben erschöpft. Die PDS wurde 1991 totgesagt und ist in Berlin im Mai 1992 und in den Kommunalwahlkämpfen von Brandenburg im Dezember 1993 und auferstanden. Sie hat den Überlebenswahlkampf 1994 gewonnen und 1998 Fraktionsstärke im Deutschen Bundestag erreicht. Sie hat 2002 eine dramatische Wahl-Niederlage erlitten und ist anschließend in eine tiefe innerparteiliche und Führungskrise geraten. Die wurde überwunden, und 2004 hat die PDS die höchsten Wahlergebnisse ihrer Geschichte erzielt. Eine Zukunftsstrategie ist das nicht.

Abgesehen aber davon, dass, wie schon dargestellt, die Reduzierung auf die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde (ich spitze mit dem Wort „Reduzierung“ sehr zu, um das Problem deutlicher zu machen) besonders große Erfolgsrisiken in sich birgt (die PDS müsste ihr Wählerpotenzial unter den schwierigen Bedingungen eines Lagerwahlkampfes, in dem sie keinen Platz hat, weitgehend ausschöpfen; was aber 1998 erfolgreich gelang), meine ich, dass es zweitens die Verantwortung der PDS als sozialistische Partei und ihre Chance als Partei mit den Wahlerfolgen von 2004 ist, den Wahlkampf 2006 zur Formierungsphase einer neuen, weitaus stärkeren Linken in Deutschland zu machen. Das wäre nach meinem Verständnis die *dritte Option* der PDS, für die ich werbe.

Ich war auch öffentlich immer ein entschiedener Befürworter von Gysis Rückkehr in die Politik. Für die Wahlaussichten der PDS 2006 wäre sie in jedem Fall positiv. Aber ehrlich gesagt, hielte ich seine Rückkehr auch nur in der Verknüpfung mit einem solchen neuen strategischen Projekt für wirklich richtig. Alles andere wäre eine Wiederholung, die für die PDS sicherlich bedeutsam wäre, aber gerade daher auch den schalen Geschmack mangelnder Perspektivfähigkeit der PDS verbreiten würde.

Die PDS selbst würde dabei nicht (wie von einigen befürchtet) aufgegeben. Es hat sich gerade in ihrem 15. Jahr gezeigt, dass es bei allen Schwierigkeiten und Defiziten, ohne PDS keine erneuerte sozialistische Linke in Deutschland geben wird. Es wäre zu hoffen, dass man dies endlich auch bei den Initiatoren der Wahlalternative begriffe, denn inhaltliche Differenzen zwischen PDS und ihnen konnte ich in ihren programmatischen Dokumenten kaum entdecken, außer dass die PDS auch im programmatischen und konzeptionellen Prozess bereits beträchtlich weiter ist.

Die erforderliche Öffnung der PDS allerdings wäre alles andere als eine unproblematische Formalität. Wenn die PDS Katalysator und die wesentliche organisatorische Plattform für eine neue Linksbewegung sein will, brauchte sie gleichberechtigte Partner aus den Gewerkschaften, attac und anderen globalisierungskritischen Bewegungen, der Wahlalternative (bzw. den

Wahlalternativen), den Wohlfahrtsverbänden, aus linken Kirchenkreisen, der Wissenschaft, der Kultur, der Kunst, den Medien. Die Betonung liegt auf „gleichberechtigt“.

Zu diesen Fragen gibt es auch schon konkretere, praktische Überlegungen, die allerdings gegenwärtig nicht in die Öffentlichkeit gehören.

Eine solche Strategie gäbe der PDS eine weit über ihren bisherigen Anspruch hinausreichende Zukunft. Sie wäre vor allem aber realistisch auf die Veränderung der deutschen Politik, auf die Überwindung der neoliberalen Hegemonie und auf die Entstehung einer sozialistischen Linken gerichtet, die bundesweit aus der Nische heraustreten kann – mitten in die Gesellschaft und in das Zentrum ihrer geistigen, kulturellen und politischen Entwicklung.

Es geht nicht um eine Neuauflage von „Gysis bunter Truppe“, sondern um eine strategische, inhaltlich substanzreiche und weit in die gesamte Gesellschaft gerichtete gleichberechtigte Zusammenarbeit der PDS mit anderen alternativen demokratischen und sozialen Kräften.

Natürlich muss die PDS weiterhin eine sehr nachdrückliche ostdeutsche Stimme sein (das aber nicht regionalpolitisch, sondern von links), doch die notwendige Öffnung wird *zum einen* vor allem eine ehrliche und sicherlich nicht einfache Öffnung zu den konkreten gesellschaftlichen Problemen in Westdeutschland bzw. der spezifischen westdeutschen Widerspiegelung allgemeiner Gesellschaftsfragen und zu westdeutscher Kultur sein müssen. *Zum anderen* brauchen wir eine Öffnung in Richtung auf die Universitäten, den Hightech-Bereich, die Forschungsinstitute, die modernen Dienstleistungen und Medien. Ob die PDS dafür personell, kulturell, aber auch organisatorisch gewappnet ist, ist nicht sicher.

Schließlich müssen sich die PDS und die Linke insgesamt kommunikativ und kulturell jenen stärker und wirksamer öffnen, die sie in besonderem Maße vertreten und vertreten wollen: den sozial Benachteiligten und durch die neoliberale „Modernisierung“ (die gesellschaftspolitisch in Wirklichkeit in das 19. Jahrhundert führt) Deklassierten und Globalisierungsverlierern (viele davon im Nichtwählerlager). Wer sich nicht selbst in die Tasche lügt, wird eingestehen müssen, dass Sprache, Kultur, Politik- und Kommunikationsformen der PDS nur teilweise diesem Anspruch gerecht werden.

(André Brie, Europaabgeordneter, war bei vielen Wahlen, zuletzt bei der Europawahl 2004, der Wahlkampfleiter der PDS.)